



Mitglieder
der Projektgruppe
„Datenschutz, Persönlichkeitsrechte“

Berlin, 22. Februar 2011
Geschäftszeichen: PA 24/4

**Enquete-Kommission Internet und
digitale Gesellschaft**

Ergebnisprotokoll der zehnten Sitzung der Projektgruppe am 21. Februar 2011

TOP 1: Begrüßung und Formales

Das Protokoll der Sitzung am 7. Februar 2011 wird einstimmig und ohne Änderungen genehmigt. Die am 17. Februar 2011 versandte Tagesordnung wird ebenfalls einvernehmlich beschlossen.

Der Antrag, die Sitzung auch über TOP 2 (Informationsgespräch mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) hinaus öffentlich durchzuführen, findet nicht die erforderliche Mehrheit. Ein Mitglied der Projektgruppe erläutert sein ablehnendes Abstimmungsverhalten und weist darauf hin, dass er es für nicht sinnvoll halte, diesen Antrag zu jedem Sitzungsbeginn erneut zu stellen.

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar und die anwesenden Gäste werden begrüßt.

TOP 2: Informationsgespräch mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) Peter Schaar

Der Bundesdatenschutzbeauftragte gibt einleitend einen Überblick über das Thema „Datenschutz und Internet“ und nimmt nachfolgend zu den Fragen aus der Projektgruppe etwa zu Einwilligung und Widerspruch, der Anwendbarkeit nationalen Rechts, internationalen Entwicklungen im Datenschutz und zentralen Anliegen einer Modernisierung des Datenschutzrechts Stellung (Anlage).

Nach der Verabschiedung des Bundesdatenschutzbeauftragten wird die Sitzung **nichtöffentlich** fortgeführt.



TOP 3: Punkt 2.1 des Arbeitsprogramm: „Datenschutz: Prinzipien, Ziele, Werte“

Auf der Grundlage des am 17. Februar 2011 versandten Textes zu 2.1 (Stand: 17.02.11) diskutiert die Projektgruppe die noch offenen Punkte zum Themenbereich 2.1. und kommt einvernehmlich zu folgenden Ergebnissen (Seitenzahlen und Zeilennummern entsprechen der am 17.2. versandten PDF-Datei):

2.1.3 Erlaubnisvorbehalt (S. 6)

Die Referentenrunde hat sich auf der Grundlage des eingereichten Textvorschlags auf einen Kompromissvorschlag geeinigt (**Z. 101-218**), der in **Z. 142-160** zwei alternative Passagen enthält.

- Annahme des Textvorschlags, die beiden alternativ stehenden Passagen werden als streitige, alternative Vorschläge an die Enquete weitergeleitet.

2.1.5 Informationelle Selbstbestimmung und Internet (S. 18, ab Z. 487)

Die Referentenrunde hat sich auf einen Kompromissvorschlag verständigt (**Z. 487-561**), der jedoch von einer Fraktion streitig gestellt wird. Der alternative Textvorschlag findet sich in **Z. 563-643**:

- Annahme des Textvorschlags, der - als streitig gekennzeichnet - zusammen mit dem Alternativtext an die Enquete weitergeleitet wird.



2.1.7 Anonymität und Identitätsmanagement im Internet (S. 31)

Zu der bisher noch ungeklärten Textstelle am Ende von 2.1.7 hat sich die Referentenrunde auf einen Kompromissvorschlag verständigt (**Z. 942-946**), der von einer Fraktion streitig gestellt wird. Ein alternativer Textvorschlag findet sich in **Z. 949-982**:

- Annahme des Textvorschlags, der - als streitig gekennzeichnet - zusammen mit dem Alternativtext an die Enquete weitergeleitet wird.

2.1.9 Selbstschutz und Medienkompetenz (S. 34)

Die Referentenrunde hat sich auf einen Kompromissvorschlag geeinigt (**Z. 1033-1094**), der in **Z. 1044-1091** zwei alternative Passagen (Z. 1044-1060 und 1062-1091) enthält.

- Annahme des Textvorschlags, die beiden alternativ stehenden Passagen werden als streitige, alternative Vorschläge an die Enquete weitergeleitet.

Hinsichtlich der angekündigten Klärung, ob es sinnvoll sei, Textpassagen des Textes zu 2.2. an dieser Stelle einzufügen, könnte der Text zu 2.1.9 gegebenenfalls in der Enquete-Sitzung noch entsprechend angepasst werden.

2.1.11 Datenschutz für Kinder und Jugendliche (S. 38); die Referentenrunde hat sich auf einen Kompromissvorschlag verständigt (**Z. 1183-1281**), der von einer Fraktion streitig gestellt wird. Hierzu wird ein alternativer Textvorschlag angekündigt, der noch nicht vorliegt.

- Annahme des Textvorschlags, der - als streitig gekennzeichnet – an die Enquete weitergeleitet wird.

Die Projektgruppe schließt damit die Arbeiten an dem Kapitel 2.1. ab.

TOP 4: Punkt 2.2. des Arbeitsprogramms „Datenschutz im staatlichen Bereich“

Auf der Grundlage des am 17. Februar 2011 versandten Textes zu 2.2 (Stand: 17.02.11) diskutiert die Projektgruppe den von der Referentenrunde erarbeiteten Textvorschlag und kommt zu folgenden Ergebnissen (Seitenzahlen und Zeilennummern entsprechen der versandten PDF-Datei):



2.2.1

Z. 11 bis 102:

Zur nächsten Sitzung wird ein ergänzender Satz vorschlagen, in dem darauf hingewiesen wird, dass im staatlichen Bereich anders als bei privaten Arbeitgebern Personalvertretungsrecht gelte.

Z. 104-111:
streitig gestellt.

Z. 114-136:
Annahme des Änderungsvorschlags (Tischvorlage) mit folgender Änderung:

Der Satz *„Nachfolgend haben staatlich Stellen in der Verfolgung ihrer Aufgaben (...)“* wird geändert in *„Nachfolgend haben Gesetzgeber und Verwaltung in der Verfolgung ihrer Aufgaben (...)“*

Z. 138-142: werden gestrichen.

Z. 154-156: Eventuell wird noch ein alternativer Vorschlag als Ersatz für die gestrichene Passage geliefert.

Z. 171: Es wird beantragt, hinter den Worten „personenbezogenen Daten“ die Worte „von Bürgern und Beschäftigten“ zu ergänzen. Diese Ergänzung ist streitig.

Z. 185-195 und Z. 197-204 bleiben als streitige, alternative Textpassagen stehen.

Im Übrigen ist der Textvorschlag zu **2.2.1** (bis Z. 269) unstreitig.

2.2.2, Z. 271 ff.:

Die Projektgruppe schließt sich dem Votum der Referentenrunde an.

2.2.3, Z. 297 ff.:

Der angekündigte Textvorschlag zu 2.2.3 soll nach Eingang im Sekretariat an die Mitglieder der Projektgruppe versandt, von der Referentenrunde bearbeitet und nachfolgend in der Projektgruppe beraten werden.

2.2.4, Z. 302 ff.:

Übernahme des Textvorschlags der Referentenrunde; im Zwischenbericht soll in einem Zusatz darauf hingewiesen werden, dass das Thema im Übrigen von der Projektgruppe



„Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz“ aufgegriffen werde. In den Schlussbericht der Kommission könnten dann Querverweise aufgenommen werden.

2.2.5, Z.327 ff. (Standards und Ausgestaltung von Transparenzinstrumenten zum Zwecke der Vertrauensbildung):

Der Textvorschlag ist unstrittig.

Es wird ein **ergänzenden Textvorschlag zu 2.2** angekündigt, in dem darauf hingewiesen werde, dass der Beschäftigtendatenschutz Gegenstand des Kapitels 2.3. sein werde.

TOP 5: Organisatorisches / weiterer Arbeitsablauf

Es wird darauf hingewiesen, dass die Enquete in ihrer **Sitzung am 21. März 2011** erste Texte aus den Projektgruppen beraten wolle. Hierfür werde er den nunmehr abschließend beratenen Themenkomplex 2.1. vorschlagen.

Dasselbe gelte für das Kapitel 2.2., sofern dies in der nächsten Projektgruppensitzung am 14. März ebenfalls abgeschlossen werden könne. Dies sei durchaus möglich, da es zu 2.2. nach derzeitigem Stand nur noch wenig Beratungsbedarf gebe.

Das Kapitel 2.3. solle dann am 14. und 21. März beraten werden.

Die Bestandsaufnahme (Kapitel 1.) solle vom Sekretariat bis zum 14. März aktualisiert und gekürzt werden, soweit sich Doppelungen mit Texten aus 2.1 und 2.2. ergäben.

Texte, die nach dem 14. März fertiggestellt würden, könnten dann in die erste Sitzung der Enquete im April, d. h. am 11. April 2011, eingebracht werden.

Unter Hinweis auf den an die Projektgruppe versandten Zeitplan erläutert der Vorsitzende die nächsten Sitzungstermine der Projektgruppe:

- 14. März von 13 h bis 18 h;
- 21. März von 10 h bis maximal 15 h (d. h. bis zum Beginn der Enquete-Sitzung), allerdings seien auch am 21. März Vorbesprechungen der Fraktionen möglich, die ggf. zu berücksichtigen seien;
- 4. April als Reservetermin.

Für das **Kapitel 2.3.** habe sich auf Referentenebene ergeben, dass im Sinne einer gezielteren Aufgabenverteilung einzelne



Fraktionen für einzelne Spiegelstriche erste Textvorschläge liefern würden, die dann Grundlage für die weitere Arbeit sein könnten. Weitere Einzelheiten seien von den Referenten zu erfragen.

Die Obleuterunde wolle sich am 24.2. abschließend mit dem Thema „**Umgang mit Sondervoten**“ befassen. Der bisher vorliegende Formulierungsvorschlag des Sekretariats, der die Ergebnisse der Vorgespräche in der Obleute-Runde aufgreift, wird erläutert.

TOP 6: Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.